



Nach oben

4 Mieterbund warnt vor deftigen Kostensteigerungen durch Ausverkauf öffentlicher Wohnungsbestände

Nach draußen

6 Kolumbien: Guerilleros lehnen begrenzte Haftentlassung durch Regierung ab. Von Harald Neuber, Caracas

Nach Afrika

7 Beschuß von Puntland: Die USA weiten den Krieg in Somalia aus. Von Knut Mellenthin

Nach der Telekom

9 Tarifkonflikt in der Druckindustrie steht vor Eskalation. Verdid-Vorschlag zurückgewiesen

80 000 gegen acht

Friedliche Großdemonstration der G-8-Gegner in Rostock von Gewalttaten überschattet. ATTAC geht auf Distanz zu Autonomen.

Von Peter Wolter



Großdemo am Sonnabend in Rostock: Eindrucksvoller Auftakt der Protestwoche

Seit Wochen hatten Verfassungsschutz und Polizei vor »gewalttätigen Chaoten« gewarnt – und wie bestellt eskalierte bei der Großdemonstration gegen den G-8-Gipfel in Rostock die Gewalt. Das Ergebnis ist, daß Krawallberichte über Straßenschlachten mit etwa 1000 Verletzten die bürgerlichen Medien dominieren, während die Auseinandersetzung mit den Argumenten der G-8-Gegner in den Hintergrund tritt.

Die zwei Demonstrationzüge, die sich am Samstag nachmittag am Kundgebungsplatz trafen, umfaßten nach Angaben der Organisatoren etwa 80000 Menschen. Die Polizei hingegen versteifte sich auf insgesamt 25000 Teilnehmer – eine Zahl, die nach Beobachtung von jW-Korrespondenten absurd ist.

Im Laufe der ansonsten sehr friedlichen Demonstration kam es mehrfach zu Polizeieinsätzen, die offenbar durch aus dem Zug heraus geworfene Steine, Flaschen und Farbbeutel ausgelöst worden waren. Anschließend stießen immer wieder mit Schlagstöcken bewaffnete Polizeitrupps in die Menge vor, um Personen herauszugreifen. Dabei wurden Unbeteiligte verletzt. Zeitweise wurden Hunderte Demonstranten von Hundertschaften eingekesselt. Teilnehmer berichteten, die Beamten seien brutal vorgegangen. Sanitäter seien gehindert worden, Verletzten zu helfen. Der Republikanische Anwaltsverein (RAV) warf der Einsatzleitung u. a. vor, zwei Anwältinnen tödlich angegriffen zu haben.

Nach Angaben der Polizei gingen die Gewalttaten von rund 3000 Personen

»aus der autonomen Szene« aus. Der Sachschaden sei enorm – u. a. mehrere demolierte und zwei ausgebrannte Autos. 433 Beamte seien verletzt worden, es habe 128 Festnahmen gegeben. Die Demonstrationsleitung berichtete von 530 verletzten Teilnehmern, die meisten hätten Augenreizungen vom Tränengas davongetragen.

Das breite Bündnis, das sich gegen den G-8-Gipfel gebildet hatte, dürfte jedoch Schaden genommen haben: Das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC will nicht mehr gemeinsam mit »gewaltbereiten Autonomen« demonstrieren. »Wir wollen euch nicht sehen!«, erklärte ATTAC-Sprecher Peter Wahl am Sonntag im Fernsehsender n-tv in Richtung Autonome. Bei dem »schwarzen Block« handele es sich »um eine Gruppe von Personen, die

mit der Absicht, Krawall zu machen, angereist ist.«

Nachdem sich am Sonntag Tausende Demonstranten in Rostock zu einem Landwirtschaftsaktionstag getroffen hatten, gehen die Proteste gegen den G-8-Gipfel auch Anfang dieser Woche weiter. Für Montag sind mehrere dezentrale Protestaktionen sowie eine »Demonstration für globale Bewegungsfreiheit« vorgesehen. Am Dienstag ist eine Palästinaveranstaltung geplant, außerdem stellt sich die Linksfraktion des Bundestages in Bad Doberan der öffentlichen Diskussion. In den Zeltlagern der Demonstranten sollen abends Kulturveranstaltungen stattfinden. Und Mittwoch und Donnerstag finden die Blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm statt.

◆ Siehe Seiten 2, 3, 4, 5, 8, 10/11 und 13

Kabul: Angriff auf NATO-Konvoi

KABUL. Bei schweren Kämpfen in Ostafghanistan sind am Wochenende mehr als 20 Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen auch ein US-Soldat und ein Dolmetscher der NATO. Rebellen griffen einen Konvoi des nordatlantischen Militärpakts mit Gewehren und Granaten an, wie die Führung der Afghanistan-Besatzungstruppe ISAF am Sonntag mitteilte. Heftige Gefechte wurden aus den Ostprovinzen Chost und Paktika gemeldet. Dabei kamen nach Angaben der Behörden 15 Rebellen ums Leben. Ein Mädchen wurde von Besatzungssoldaten erschossen, wie die Provinzpolizei von Chost mitteilte. Es saß in einem Fahrzeug, das versuchte, einen Militärkonvoi zu überholen.

Beim Untergang einer Flußfähre in der Provinz Helmand kamen am Samstag 60 Menschen ums Leben, darunter laut Kabuler Verteidigungsministeriums zahlreiche Taliban-Kämpfer. (AP/JW)

Merkel erwartet keine Einigung zum Klima

BERLIN. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gegenüber dem Spiegel eingeräumt, daß sich die acht führenden Industriestaaten (G 8) in Heiligendamm wohl nicht auf den deutschen Vorschlag einigen werden, den Temperaturanstieg auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf zwei Grad zu begrenzen: »Wenn die Vereinigten Staaten sich nicht bewegen, werden andere möglicherweise auch erst mal abwarten.« Auf »faule Kompromisse« werde sie sich nicht einlassen: »Über die zwei Grad kann ich nicht verhandeln«, so die Kanzlerin.



Der brasilianische Präsident »Lula« da Silva (Foto) hat den Industrieländern unterdessen die Hauptverantwortung im Kampf gegen den Klimawandel zugeschrieben. »Die Industrieländer sind seit mehr als zwei Jahrhunderten die größten Umweltverschmutzer, sie müssen nun mit allen denkbaren Maßnahmen zur Vermeidung und Eindämmung von Umweltbelastungen ihren Teil zum Klimaschutz beitragen«, sagte er in Bild am Sonntag. (AP/JW)

NPD marschierte durchs Brandenburger Tor

Nach Verbot der Neonazidemonstration in Schwerin rechte Aufmärsche in etlichen Städten

Mit »spontanen« Aufmärschen in zahlreichen Städten reagierten Neonazis am Samstag auf das Verbot ihres in Schwerin geplanten Aufzuges. Am Freitagabend hatte das Oberverwaltungsgericht Greifswald das seitens der Stadtverwaltung erfolgte Verbot der Veranstaltung bestätigt, da zu wenig Polizisten zur Gewährung der Sicherheit zur Verfügung stünden. Eine Beschwerde der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) war erfolglos geblieben. Auch eine antifaschistische Gegen-

demonstration war mit dieser Begründung untersagt worden.

Während sich die Antifaschisten nach dem Verbot größtenteils auf dem Weg zur Anti-G-8-Demonstration nach Rostock machten, verteilten sich die rund 1500 mit Bussen angereisten Neonazisten auf mehrere Städte, um dort gegen das Verbot zu demonstrieren. Den größten Zulauf gab es mit 350 Neonazis im niedersächsischen Lüneburg. Drei Polizisten wurden verletzt, als die Veranstalter den Aufmarsch auflösten und die Beamten angriffen.

Anschließend wurden 130 Neonazis in Unterbindungsgewahrsam genommen.

In Berlin gelang es etwa 120 Neonazis, zunächst unbehelligt mehrfach durch das Brandenburger Tor zu marschieren. Die nur mit wenigen Beamten vor Ort anwesende Polizei wurde regelrecht überannt. Nach dem Eintreffen von Verstärkung wurde der Aufmarsch aufgelöst. 13 Rechtsextremisten wurden festgenommen. Gegen sie wird jetzt laut Aussagen eines Polizeisprechers wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstands ge-

gen Vollstreckungsbeamte ermittelt.

Rechte Aufmärsche mit bis zu 250 Teilnehmern gab es zudem in Wittenberge, Lauenburg, Güstrow, Osterburg, Boizenburg, Oranienburg, Potsdam und Dortmund. Kleinere Aufzüge fanden auch in Greifswald, Wismar, Lübbenau und Lübz statt. Teilweise führen die Neonazis mit Bussen von einem Ort zum anderen. In Potsdam versuchten sie, ein linkes Wohnprojekt in der Zeppelinstraße anzugreifen, wurden aber von der Polizei gestoppt.

Lothar Bassermann

junge Welt wird herausgegeben von 672 Genossinnen und Genossen (Stand 2.4.07). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

